



# Argentinien in der neuen Schuldenkrise

Fatale Hoffnungen und Lektionen aus der Geschichte

Fachinformation 63:

**Argentinien in der neuen Schuldenkrise:  
Fatale Hoffnungen und Lektionen aus der Geschichte**

Veröffentlichung: 31.01.2020

erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung  
Carl-Mosterts-Platz 1  
40477 Düsseldorf  
Tel.: +49 (0) 211 / 46 93 -196  
E-Mail: buero@erlassjahr.de  
Website: www.erlassjahr.de

Autor: Jürgen Kaiser und Prof. Dr. Andrés Musacchio

erlassjahr.de wird institutionell gefördert von

**Brot**  
für die Welt

mit Mitteln des  
Kirchlichen  
Entwicklungsdienstes

**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK



Evangelische Kirche  
von Westfalen



**BISTUM**  
HILDESHEIM

Bistum Limburg



**f**  
EVANGELISCHE  
LANDESKIRCHE  
IN BADEN

und etwa 600 weiteren Mitträgerorganisationen.

# Argentinien in der neuen Schuldenkrise: Fatale Hoffnungen und Lektionen aus der Geschichte

von Jürgen Kaiser und Prof. Dr. Andrés Musacchio

## 1. Argentinien am Scheideweg

Unter den „üblichen Verdächtigen“ der internationalen Staatsschuldenkrisen ist Argentinien einer der üblichsten: 1956 führten die Verhandlungen über seine Zahlungsunfähigkeit zur Gründung eines informellen Gremiums staatlicher Gläubiger, des späteren Pariser Clubs. 2001 legte es nach einer atemberaubenden Verschuldungsrallye unter den neoliberalen Präsidenten Carlos Menem (1989 – 1999) und Fernando de la Rúa (1999 – 2001) die bis dahin größte Staatspleite der Geschichte hin. Die am 10. Dezember 2019 ins Amt gekommene peronistische Regierung unter Präsident Alberto Fernández erbt eine erneute Zahlungsunfähigkeit des Staates von seinem Vorgänger Mauricio Macri (2015 – 2019).

Welche Optionen gibt es für die neue Regierung, diese Situation klüger zu bewältigen als ihre Vorgänger im Chaos der nicht nur Wirtschafts-, sondern Staatskrise der Jahre nach 2001? Die vorliegende Fachinformation umreißt zunächst in Abschnitt 2 die Verschuldungssituation Argentiniens zu Beginn des Jahres 2020. Die Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit wird durch problematische Entscheidungen sowohl auf argentinischer Seite als auch auf Seiten der Gläubiger erschwert. Auf argentinischer Seite zeigt sich dies vor allem an der großen Hoffnungen, die offenbar auch die neue Regierung auf eine Ausweitung der Rohstoffgewinnung mittels Fracking hegt (Abschnitt 3). Abschnitt 4 zeigt die Probleme, die sich im Rahmen der bestehenden Entschuldungsverfahren einer wirksamen Schuldenreduzierung entgegenstellen und illustriert dies an zwei problematischen Entscheidungen des Pariser Club und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der jüngsten Vergangenheit. Im letzten Teil (Abschnitt 5) wird schließlich eine umfassende Umschuldung unter der Leitung eines unabhängigen Mediators vorgeschlagen und gezeigt, dass ein solches Verfahren in einem ähnlichen Fall wie Argentinien schon einmal gute Ergebnisse vorgebracht hat.

## 2. Argentinien's Schulden zu Beginn des Jahres 2020

- **Aktuelle Verschuldungssituation**

Der IWF weist für Ende 2019 ein Verhältnis der öffentlichen Schulden im In- und Ausland zur Wirtschaftsleistung von 91,6 Prozent (siehe Abbildung 1) aus. Im Jahr 2020 werden Rückzahlungen und Zinsen in Höhe von rund 59 Milliarden US-Dollar fällig.<sup>1</sup> Größere Rückzahlungen stehen ab März an. Bis dahin muss die argentinische Regierung eine klare Strategie für den Umgang mit den nicht tragbaren Schulden entwickelt haben.<sup>2</sup>

Die argentinischen Statistiken und die regelmäßigen Analysen des Wirtschaftsministeriums<sup>3</sup> stellen deutlich die Komplexität des Problems dar. Die Staatsschulden sind seit 2015 rasant gestiegen. Dabei handelt es sich vor allem um Schulden in Fremdwährungen, die das Problem auf die Leistungsbilanz und den Devisenmarkt

---

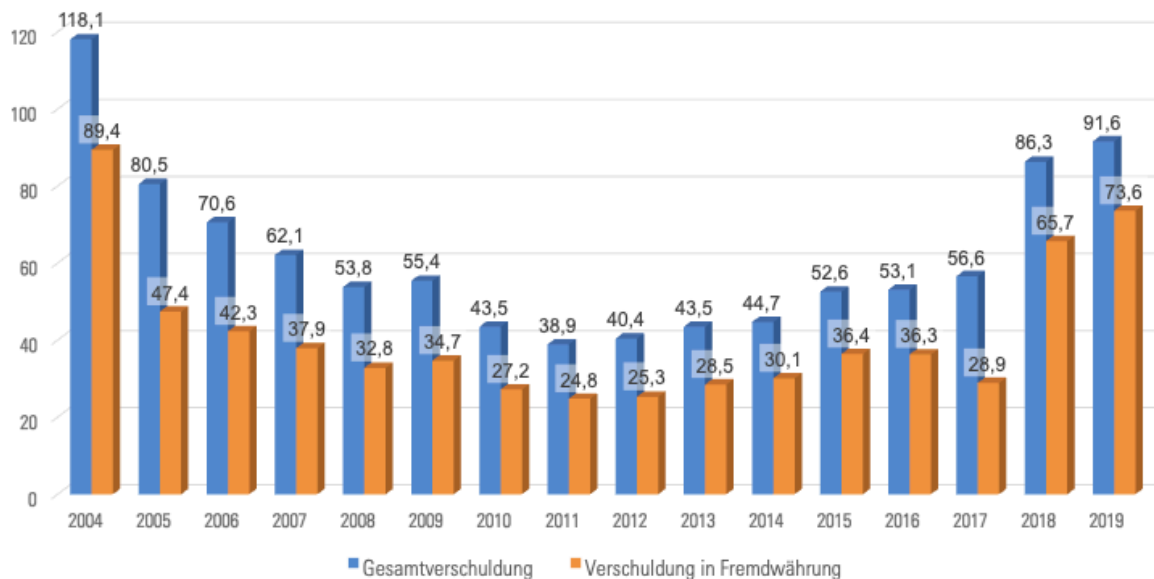
<sup>1</sup> Siehe Centro de Estudios Económicos y Sociales Scalabrini Ortiz (2019): „Default de deuda y superavits gemelos“; Informe Mensual No. XI. Dabei wurden die Zahlungsverpflichtungen gegenüber privaten Gläubigern und internationalen Finanzinstitutionen sowie ein *Währungsswap* mit China im Umfang von 18 Milliarden US-Dollar berücksichtigt.

<sup>2</sup> Siehe Reuters (2019): „Argentine official says government has until March to renegotiate debt: media“. 15.12.2019.

<sup>3</sup> Siehe „Informes mensuales de la deuda“ des Wirtschaftsministeriums unter [www.argentina.gob.ar/economia/finanzas/deudapublica/informes-mensuales-de-la-deuda](http://www.argentina.gob.ar/economia/finanzas/deudapublica/informes-mensuales-de-la-deuda).

übertragen. Auch die zeitlichen Festsetzungen sind höchst ungünstig, da über 190 Milliarden US-Dollar (etwa 60 Prozent der gesamten Schulden) in den nächsten vier Jahren fällig werden; davon über 50 Milliarden schon 2020.

Abbildung 1: Öffentliche Bruttoverschuldung der Zentralregierung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: <https://www.argentina.gob.ar/economia/finanzas/presentaciongraficadeudapublica>

Auch die Indikatoren für den gesamten (öffentlichen und privaten) Auslandsschuldendienst, welche die Weltbank veröffentlicht<sup>4</sup>, liegen durchweg im kritischen Bereich. Insbesondere die Schuldendienstquote – das Verhältnis von laufendem Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) zu den jährlichen Einnahmen aus dem Export von Gütern und Dienstleistungen – von 45 Prozent ist eine der höchsten der Welt. Sie indiziert, dass das Land ohne einen anhaltenden Zufluss von frischem Kapital nicht zahlungsfähig ist. Genau dieser ist indes ausgetrocknet, als nach den Vorwahlen im Spätsommer deutlich wurde, dass das neoliberale Modell sich politisch nicht würde halten können. Entsprechend stark geriet der Peso gegenüber dem Dollar unter Druck, was die in Dollar denominierten Schulden unbezahlbar machte und bereits vor den Wahlen zur teilweisen Zahlungseinstellung führte.

- **Wer sind Argentiniens Gläubiger?**

Drei Viertel von Argentiniens Auslandsschulden entfallen auf den Staat und davon wiederum zwei Drittel auf Anleihegläubiger. Als die peronistische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner Ende 2015 das Amt übergab, betragen die Staatsschulden brutto 52,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Da jedoch ein knappes Drittel der Schulden innerhalb des Staatsapparats bestanden (also beispielsweise bei der Zentralbank), beliefen sich die Netto-Schulden auf 22,7 Prozent des BIP.<sup>5</sup> Diese bestanden hauptsächlich aus Anleihen, die aus dem Schuldentausch von 2005 und 2010 resultierten. Mit seinem Amtsantritt Ende 2015 hat Macri in der Hoffnung, damit die inzwischen stagnierende Wirtschaft ankurbeln zu können, in großem Stil erneut Staatsanleihen an den internationalen Kapitalmärkten verkauft – von 2016 bis 2018 netto mehr als 90 Milliarden US-Dollar.

Von den laut Weltbank gesichert dokumentierten<sup>6</sup> bilateralen öffentlichen Forderungen in Höhe von 6,9 Milliarden US-Dollar bestanden Ende 2018 3,8 Milliarden US-Dollar gegenüber den Mitgliedern des Pariser Clubs, darunter

<sup>4</sup> Siehe World Bank (2019): „International Debt Statistics 2020“.

<sup>5</sup> Ministerio de Economía (2019): „Últimos Datos - Presentación Gráfica de la Deuda al III Trimestre 2019“, [www.argentina.gob.ar/economia/finanzas/presentaciongraficadeudapublica](https://www.argentina.gob.ar/economia/finanzas/presentaciongraficadeudapublica).

<sup>6</sup> Eine beträchtliche Unsicherheit im Hinblick auf die Forderungshöhe Chinas resultiert aus einer jüngeren Studie, die nahelegt, dass global nur etwa die Hälfte aller chinesischen Kreditvergaben an Staaten im Globalen Süden in den einschlägigen Statistiken internationaler Finanzinstitutionen überhaupt auftauchen. Siehe: Horn, S.; C. Reinhart und C. Trebesch (2019): „China’s Overseas Lending“, Kiel Working Paper No. 2132.

noch gut 1 Milliarde Euro gegenüber der Bundesregierung. Sie werden im Rahmen eines 2014 ausgehandelten Rückzahlungsabkommens derzeit nach und nach beglichen. Schulden zu Entwicklungshilfebedingungen spielen praktisch keine Rolle. Die Volksrepublik China hat bis Ende 2017 Kredite im Umfang von rund 15,8 Milliarden US-Dollar an Argentinien ausbezahlt. Wie viel davon bereits wieder zurückgezahlt wurde, ist nicht bekannt. Außerdem hat die Regierung Macri von China 18 Milliarden US-Dollar in Form eines *Währungsswap*<sup>7</sup> erhalten, welchen Argentinien 2020 zurücktauschen muss.

### 3. Durch Rohstoffexport aus der Krise? Fatale Hoffnung auf eine tote Kuh

Um die Exporte rasant zu erhöhen, versuchen Länder mit einer schwachen industriellen Grundlage den Abbau von Naturressourcen zu intensivieren. Auch für Argentinien wird dieser Weg immer wieder als die einfachste Lösung vorgeschlagen und die neue Regierung scheint, zumindest im Diskurs, dieser Idee etwas abzugewinnen. Mit der Produktion von Erdöl/Erdgas sowie dem Lithiumabbau soll Argentinien über zwei geeignete Branchen verfügen, die zu einer erfolgreichen Außenhandelsstrategie beitragen könnten. Vor allem im ersten Bereich sind die Erwartungen besonders hoch aufgrund der absehbar baldigen Fertigstellung des Fracking-Projekts *Vaca Muerta*.

*Vaca Muerta* ist eine Erdöl- und Erdgaslagerstätte, die sich über 30.000 km<sup>2</sup> in den Provinzen Neuquén, Río Negro, La Pampa und Mendoza erstreckt und durch Fracking ausgebeutet werden kann. Die komplexen technischen Herausforderungen und der extrem hohe Investitionsaufwand ließen ab 2011 nur eine langsame Entwicklung des Projekts zu. Doch seit zwei Jahren geht es schneller voran, und der Rückgang der sonstigen Produktion von fossiler Energie der letzten Dekade konnte durch die nicht-konventionellen Quellen (hauptsächlich *Vaca Muerta*) zunächst kompensiert werden.

Das Ministerium für Energie und Bergbau der argentinischen Regierung macht auf seiner Homepage<sup>8</sup> die Erwartungen an *Vaca Muerta* deutlich: Die argentinischen Gas-Reserven sind die zweithöchsten der Welt, beim Erdöl steht Argentinien an der vierten Stelle. In wenigen Jahren ist die Produktion von Schiefergas auf über 35 Prozent der gesamten nationalen Gasproduktion gestiegen. Beim Erdöl kommt man etwas langsamer voran: Der Anteil der nicht-konventionellen Produktion betrug 2018 nur 13 Prozent.<sup>9</sup> Die Investitionen in diesen Bereich stiegen schon 2016 an und liegen inzwischen bei über 4 Milliarden US-Dollar jährlich.<sup>10</sup> Die zahlreichen Prognosen für die künftigen Erträge gehen jedoch weit auseinander. Die optimistischen Versionen gehen von einer Verdreifachung der Produktion bis 2030 aus, während die pessimistischen Stimmen das Produktionswachstum bei knapp 70 Prozent verorten<sup>11</sup>.

So wichtig wie die Analyse des Potenzials sind die Frage nach der Verwendung des Produkts und die nach der Wirtschaftlichkeit. Bezüglich der ersten Frage weicht die neue Regierung deutlich von der Herangehensweise

---

<sup>7</sup> Bei einem *Währungsswap* tauscht eine Regierung eigene Währung, die sie selbst produzieren kann, gegen einen gleichwertigen Betrag in harter Währung. Zu einem vereinbarten Zeitpunkt muss das Geschäft dann rückabgewickelt werden.

<sup>8</sup> Siehe Ministerio de Desarrollo Productivo (o. D.): „Vaca Muerta“, [www.argentina.gob.ar/energia/vaca-muerta](http://www.argentina.gob.ar/energia/vaca-muerta).

<sup>9</sup> Siehe Lahoud, G. und C. Lozano (2019): „Por una nueva política energética: *Vaca Muerta*. Ultraextractivismo depredador o recurso estratégico para una nueva política“, Instituto Pensamiento y Políticas Públicas.

<sup>10</sup> Siehe Romero, S.; L. Mastrorardi und J. Vila Martínez (2018): „Desarrollo de Vaca Muerta: Impacto económico agregado y sectorial“, Documento de Trabajo N°6, Ministerio de Producción y Ministerio de Energía.

<sup>11</sup> *Vaca Muerta* wurde während des Wahlkampfs 2019 immer wieder als Lösung für das Binnendefizit im Energiebereich und als Devisenquelle genannt. In einem Interview über den ersten Monat seiner Regierung scheint Alberto Fernández sich jedoch etwas von dieser Sicht zu distanzieren. Dort stellt er zwar die Bevorzugung fossiler Brennstoffe nicht in Frage, spielt aber die Rolle von *Vaca Muerta* etwas herunter. Dabei spricht er die internen Debatten in der Regierung deutlich an, in dem er den neuen Leiter der staatlichen Ölgesellschaft *YPF Sociedad Anónima* (und ehemaligen Botschafter Argentiniens in der BRD) Nielsen für „verliebt in *Vaca Muerta*“ erklärt, während dem Staatssekretär für Energie eine viel skeptischere Stellung gegenüber nicht-konventionellen Erdölquellen zugeschrieben wird. Siehe „Horacio Verbitsky entrevista a Alberto Fernández (parte 1)“, <https://www.youtube.com/watch?v=yQKqbUouJqU>, Min. 10:00-13:20.

unter der Regierung Macri ab. Die Strategie der reinen Exportproduktion soll durch eine Unterstützung der heimischen Industrialisierung ersetzt werden. Die Produktion von Erdöl und Erdgas soll unmittelbar einen Multiplikatoreffekt ermöglichen: Wenn Rohstoffe statt exportiert, industriell verarbeitet werden (etwa in der Petrochemie), ist der volkswirtschaftliche Gewinn wesentlich höher, auch wenn er sich nur langsamer einstellt.

Bezüglich der Wirtschaftlichkeit ist neben den starken internationalen Preisschwankungen des Erdöls auch unklar, wie sich die Produktionskosten der nicht-konventionellen Kohlenwasserstoffe zukünftig entwickeln werden. Intern sind die Ressourcen für Investitionen unzureichend und ausländische Investitionen daher unerlässlich. Diese Investoren fordern indes einen freien Markt, uneingeschränkte Exportmöglichkeiten und niedrige Steuern – Anforderungen, die den Plänen der Regierung zum Teil widersprechen.

Problematisch ist zudem, dass über die ökologischen und sozialen Folgen des Frackings offiziell kaum gesprochen wird. Die Erfahrungen aus der ersten Phase der Exploration sind nicht positiv. Medien berichten regelmäßig über tragische Unfälle aufgrund der flexibilisierten Arbeitsbedingungen in den Ölfeldern. Die Vertreibung der Bevölkerung, meistens Indigene, ist höchst problematisch. Die Strategie der Regierung Macri auf diesem Gebiet bestand aus einer offenen Konfrontation. Widerstandgruppen wurden als Terroristen eingestuft. Von der neuen Regierung ist dieser harte Weg erst einmal nicht zu erwarten. Doch eine andere Lösung wurde noch nicht vorgelegt.

Lokale Gemeinschaften sind zudem sowohl von sozialen als auch ökologischen Problemen betroffen. Einerseits ist die Konkurrenz um Land stark angestiegen. Einige Bevölkerungsgruppen leben auf Grundstücken, die für die Produktion notwendig sind, und werden deshalb zwangsweise vertrieben. Die Einquartierung von Arbeiter\*innen übt sogar auf ein nicht dicht bebautes Territorium Druck aus. Die Mieten im Fördergebiet sind dramatisch gestiegen und die ursprünglichen Bewohner\*innen, meist von Armut betroffen oder mit wesentlich schlechter bezahlten Jobs als die Erdöl-/Erdgasarbeiter\*innen, können diese nicht mehr aufbringen.

Andererseits machen sich die ersten ökologischen Folgen inzwischen bemerkbar und werden für die Einwohner\*innen zu einem zusätzlichen Grund, die Region zu verlassen. Wassermangel und Wasserverschmutzung sind schon spürbar. Ablagerungen von toxischen Abfällen häufen sich, während Brände die Luft verpesten. Da aber sowohl Unternehmen als auch Behörden dem Problem ohne die nötige Transparenz entgegentreten, ist es äußerst schwer, die Lage realistisch einzuschätzen. Auch fehlen Studien über mögliche Wechselwirkungen zwischen Fracking und Erdbeben.

Die Strategie, der Verschuldung durch eine erfolgreiche Ausbeutung von *Vaca Muerta* entgegenzuwirken, muss aus all diesen Gründen als riskant und fragwürdig eingestuft werden. Riskant, da der Erfolg von externen Faktoren, wie den international zu erzielenden Preisen und dem tatsächlichen Potenzial der Quelle abhängig ist. Alles auf diese Karte zu setzen, ist daher eine schlechte Alternative. Fragwürdig ist sie auch, da die Ausbeutung von *Vaca Muerta* zum Zweck der Schuldenzahlung einer binnenorientierten Entwicklungsstrategie widerspricht. Wenn das Ziel die Devisenbeschaffung ist, ist der Zeithorizont für das Wachstum der Produktion viel kürzer, die Rücksicht auf die Umwelt viel geringer und die Verkettung mit der Industrie und Agrarproduktion sowie mit dem internen Konsum viel schwächer. Die Vorteile würden durch Schuldentrückzahlungen und Kapitalrückflüsse der beteiligten ausländischen Konzerne verschwinden; die Nachteile im sozialen- und Umweltbereich bleiben.

Eine gesunde Politik wäre daher, so weit wie möglich die Ausbeutung der Erdöl-/Erdgasquellen von der Schuldenproblematik abzukoppeln. Aus der neuesten Geschichte Mosambiks<sup>12</sup> kann man lernen, dass oft Erwartungen an große Ressourcen-Projekte eine kontraproduktive Auswirkung auf die Lösung des Verschuldungsproblems haben können. Wenn die Aussicht auf große Deviseneinnahmen dazu verführt, exorbitante Schuldendienstverpflichtungen auf sich zu nehmen, ist das Ergebnis meistens nicht die Lösung des Problems, sondern bestenfalls eine Verschiebung des Krisenausbruchs.

---

<sup>12</sup> Siehe Kaiser, J. und M. Wittmann (2019): „Schuldenskandal in Mosambik: eine Bestandsaufnahme“, [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de)-Fachinformation 61.

Die Rückzahlung der Schulden durch eine exportorientierte Strategie birgt noch weitere Gefahren. Sie ist nicht nur von einer Ausweitung der Exportkapazität abhängig, sondern auch vom Zugang zu wachsenden Märkten – und dies in einer besonderen Situation, in der ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur verhandelt wurde und von den betroffenen Parlamenten ratifiziert werden muss. Die Entschlossenheit Brasiliens, das Abkommen zu unterzeichnen, stellt Argentinien vor ein großes Dilemma: Würde das Land das Abkommen ablehnen während Brasilien dafür stimmt, wäre die Folge aus rechtlichen Gründen die Auflösung des Mercosur (der wichtigste externe Markt für Argentinien). Wenn aber Argentinien den Vertrag unterzeichnet, sowohl aus exportstrategischen Gesichtspunkten als auch zur Aufrechterhaltung des Mercosur, würde sich der Handlungsspielraum für eine eigenständige Entwicklungspolitik deutlich verringern.<sup>13</sup> Eine Vertiefung der Primarisierung der argentinischen Wirtschaft wäre unter diesen Umständen kaum zu vermeiden.

#### **4. Was kann Argentinien von seinen Gläubigern erwarten? Oder: Von Leichen in Kellern**

Gerät ein Staat in eine Überschuldungssituation und gar in eine Zahlungsfähigkeit ist die Verantwortung dafür zuerst bei diesem selbst zu suchen. Regierungen nehmen treuhänderisch die Interessen der Bevölkerung wahr und sind verpflichtet, auch im Hinblick auf die Aufnahme, Rückzahlung und Umschuldung von Krediten in deren bestem Interesse zu handeln. Oft genug muss aber festgestellt werden, dass dies nicht der Fall (gewesen) ist, Kredite vielmehr leichtfertig oder gar in betrügerischer Absicht aufgenommen wurden.

Dabei wird allerdings schon deutlich, dass selbst bei Fehlverhalten einer Regierung, dieses – sofern nicht grobe Täuschung eines Geschäftspartners vorliegt – nur durch die implizite oder gar explizite Komplizenschaft eines Kreditgebers möglich ist. Der Regelfall ist deshalb eine zwischen Schuldner und Gläubigern (wie auch immer) geteilte Verantwortung für eine Schuldenkrise.

Im Falle Argentiniens kommen allerdings zwei besondere externe Verantwortlichkeiten für die aktuelle Lage hinzu, die sich weniger auf die Rolle von Gläubigern als Gläubiger selbst, sondern vielmehr als Akteure bei der Krisenbewältigung beziehen.

- **Der Pariser Club als *Holdout***<sup>14</sup>

Im April 2014 handelte die damalige argentinische Regierung unter Präsidentin Kirchner eine Umschuldung im Umfang von 9,7 Milliarden US-Dollar mit dem Pariser Club aus.<sup>15</sup> Ursprünglich hatten die Forderungen des Pariser Clubs an Argentinien zum Zeitpunkt der Zahlungseinstellung 2001 nur 4,7 Milliarden US-Dollar betragen, wovon ein Teil auf fragwürdige westliche Finanzierungen während der Militärdiktatur des Generals Videla zwischen 1976 und 1982 zurückging. Dem Abkommen von 2014 wurde eine normale Verzinsung der ursprünglichen Forderungen für den Zeitraum der Nicht-Bedienung zu „regulären“ Zinssätzen zugrunde gelegt. Die Vereinbarung mit den öffentlichen Gläubigern war in der Strategie der damaligen argentinischen Regierung der letzte Akt in der Bewältigung der Staatspleite von 2001. Sie war notwendig, um wieder Zugang zum internationalen Kapitalmarkt zu bekommen.

Argentiniens Problem in dieser Situation war, dass gleichzeitig mit diesem letzten Akt bereits eine Art Zugabe des Umschuldungsprozesses aufgeführt wurde, nämlich die Auseinandersetzung mit einigen so genannten

---

<sup>13</sup> Siehe z. B. Ghiotto, L. und J. Echaide (2019): „Analysis of the agreement between the European Union and the Mercosur“, The Greens/EFA und PowerShift e.V..

<sup>14</sup> Ausführlich zu diesem Fall siehe Ellmers, B. (2014): „Vultures in Paris: Bilateral creditors achieve deal with Argentina“, eurodad.org/Entries/view/1546225/2014/06/05/Vultures-in-Paris-Bilateral-creditors-achieve-deal-with-Argentina.

<sup>15</sup> Der Pariser Club ist ein informelles Kartell traditioneller Geber/Gläubiger-Regierungen zum Zweck der Regelung von Schuldenproblemen.

Geierfonds, welche argentinische Schulden mit einem hohen Abschlag am Sekundärmarkt gekauft hatten. Nachdem 93 Prozent der privaten Anleiheinhaber in zwei Stufen 2005 und 2010 sehr weitreichenden Zahlungsverzichten zugestimmt und damit die argentinische Zahlungsfähigkeit wiederhergestellt hatten, klagten die Geierfonds *Elliott Ass.* und *NML Capital* vor einem New Yorker Gericht auf die volle Begleichung ihrer Forderungen.<sup>16</sup>

In der internationalen Öffentlichkeit wurde das Verhalten der Geier scharf verurteilt und als das bezeichnet, was es auch war, nämlich eine Bedrohung aller künftigen konsensualen Umschuldungen. Auch einige Regierungen, darunter die deutsche, fanden klare Worte gegen das Verhalten der Geier. Die argentinische Regierung zog daraus den Schluss, dass es gelingen könnte, die Unterstützung der wichtigen westlichen Gläubiger für ihre harte Haltung gegenüber den Geiern zu gewinnen, und ließ sich, um diesen potenziellen Bündnispartnern ihrerseits guten Willen zu zeigen, auf eine sehr unvoreilhaftige Regelung ihrer Schulden bei eben diesen Pariser Club-Mitgliedern ein.

Der Pariser Club verlangt von einem Staat, mit dem er eine Umschuldung aushandelt, dass dieser unter einer so genannten „Gleichbehandlungsklausel“ mit allen anderen Gläubigern mindestens gleich vorteilhafte Regelungen aushandelt, wie er selbst sie eingeräumt hat.<sup>17</sup> Eine solche Vereinbarung soll sicherstellen, dass nicht auf Kosten westlicher Steuerzahler\*innen die Zahlungsfähigkeit eines Schuldnerlandes wiederhergestellt wird, und dann nicht kooperierende Gläubiger davon profitieren. Angemessen wäre es von daher gewesen, wenn der Pariser Club sich nun umgekehrt an den Zugeständnissen im Umfang von rund 70 Prozent der Anleihegläubiger orientiert, denen diese 2005 und 2010 zugestimmt hatten, und etwa einen *Haircut* im Umfang von zwei Dritteln vereinbart hätte. Statt dessen nutzten die Pariser Club-Mitglieder die Hoffnung Argentiniens auf politische Unterstützung im Ringen mit *Elliott Ass.* und *NML Capital* aus, und vereinbarten einen Rückzahlungsplan ohne jegliches Erlasselement. Gleichzeitig leisteten sie weder juristische (etwa durch eine *Amicus Curiae*-Intervention bei dem den Fall verhandelnden New Yorker Gericht) noch politische Unterstützung Argentiniens gegenüber den Geiern. Als Folge wurde Argentinien tatsächlich per Gerichtsbeschluss gezwungen, diese in der vollen geforderten Höhe auszubezahlen.<sup>18</sup>

Der Pariser Club, der in seiner Selbstdarstellung gerne betont, dass er mit den Schuldnern faire und für alle Seiten tragfähige Lösungen aushandeln möchte, agierte damit de-facto wie ein *Holdout*, das heißt wie ein Gläubiger, der sich einer multilateralen Regelung verweigert und in einem politisch und wirtschaftlich opportunen Moment seine Ansprüche in voller Höhe durchsetzt. Und in der Tat waren der Pariser Club, *Elliott Ass.* und *NML Capital* neben den internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank diejenigen Gläubiger, die verlustfrei aus der Krise eines ihrer größten Schuldner hervorgingen.

- **Serienweise *Bailouts*: das Rettungspaket des IWF von 2019**

Genuines Mandat des IWF ist die Bereitstellung von Mitteln im Falle von Liquiditätsengpässen seiner Mitgliedsländer. Ist ein Land tatsächlich zahlungsunfähig, dürfen IWF-Mittel nach den Regularien des Fonds nur eingesetzt werden, wenn dies mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führt, dass das Land wieder zahlungsfähig wird. Wahrscheinlich hat die Washingtoner Institution in ihrer Geschichte gegen keinen seiner Grundsätze so häufig und dramatisch verstoßen wie gegen diesen.

---

<sup>16</sup> Siehe Kaiser, J. und D. Geldmacher (2014): „Nicht nur Argentinien ist betroffen: Geierfonds – Was sie tun, warum es sie gibt, und was man gegen sie tun kann“, erlassjahr.de-Fachinformation 46.

<sup>17</sup> Wie die Schuldner, die über keine rechtlichen Möglichkeiten gegenüber anderen Gläubigern verfügen, dies durchsetzen sollen, verrät der Pariser Club ihnen indes nicht.

<sup>18</sup> Dass Argentinien tatsächlich zahlte, verdankte sich auch dem Umstand, dass das New Yorker Gericht den Zugriff auf Argentinien reguläre Zahlungen an seine kooperativen Gläubiger über die US-amerikanische Korrespondenzbank ermöglichte. Argentinien hätte also wieder gegenüber denjenigen Gläubigern, die es eigentlich bedienen wollte, in den Zahlungsverzug gehen müssen, wenn es die Geier nicht ausbezahlen wollte.



Als 1996 und danach mindestens 39 arme Länder so hoch verschuldet waren, dass nur die nahezu vollständige Streichung aller ihrer Auslandsschulden, einschließlich derjenigen beim IWF, ein Ende der sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe ermöglichen konnten, war dem eine Phase anhaltender Refinanzierungen des laufenden Schuldendienstes durch Neukredite von IWF, Weltbank und anderen multilateralen Organisationen vorausgegangen. Dies hatte dazu geführt, dass die ursprüngliche Verschuldung vieler Länder bei privaten Kreditgebern sich mehr und mehr in eine Verschuldung gegenüber IWF und Co verwandelte. Unterfüttert wurde diese Politik damit, dass der IWF regelmäßig hohe Wachstumsraten in der unmittelbaren Zukunft und damit eine durchaus tragfähige Verschuldung vorhersagte. Der IWF wurde für seine weltfremden Vorhersagen hinsichtlich Wirtschaftswachstum und Schuldentragfähigkeit heftig kritisiert und als der unausweichliche Schuldenerlass im Rahmen der Initiative für hoch verschuldete arme Länder (engl. *Heavily Indebted Poor Countries Initiative*, HIPC) und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (engl. *Multilateral Debt Relief Initiative*, MDRI) weitgehend abgeschlossen war, gelobte er Besserung. Schuldentragfähigkeitsanalysen wurden ausgefeilter und oft auch realistischer als zuvor.<sup>19</sup>

Als allerdings die europäischen Regierungen darauf bestanden, dass der IWF sich mit eigenen Mitteln an der Rettung des zahlungsfähigen Griechenland beteilige, obwohl zweifelsfrei fest stand, dass Hellas ohne weit gehenden Schuldenerlass überhaupt keine Chance auf einen Neuanfang hatte, wurde die Verbotsregel durch eine Ausnahmeklausel, die *Systemic Exemption*, einfach außer Kraft gesetzt. Als das IWF-Geld nach Griechenland geflossen war, wurde die Ausnahmeregel unter dem Druck lateinamerikanischer und asiatischer Schwellenländer, die über diese europäische Selbstbedienung zu Recht empört waren, schnell wieder abgeschafft.

In Argentinien sah die Rolle des IWF vor 2001 nicht wesentlich anders aus als in den ärmsten Ländern: Die radikal-liberalen Regierungen Menem und de la Rúa wurden vom IWF in nahezu unbegrenztem Ausmaß mit Krediten versorgt, um zu demonstrieren, dass der liberale Ansatz funktioniert.<sup>20</sup> Wie in den ärmsten Ländern kam aber auch in Argentinien der Moment, da der IWF beim allerbesten Willen die Fiktion der mittelfristigen Zahlungsfähigkeit nicht mehr aufrecht erhalten konnte und keine neuen Finanzierungen mehr bewilligte. Zwar wurde zunächst durch die so genannte *Blindaje* und *Megacanje* (Abschirmung/Panzerung und Megaumtausch) zweimal der Versuch unternommen, die Pleite zu verhindern, doch die teure Umschuldung, an der private Bankkonzerne beteiligt waren, verschlimmerte nur die Lage und hinterließ den Verdacht auf Korruption. Die Zahlungsunfähigkeit und die darauf folgende soziale Katastrophe der Jahre 2001 und 2002 waren die Folge. Die Finanzierung für die Regierung Menem war der bis dahin größte Einzelkredit des IWF.

Exakt diese Geschichte wiederholte sich Mitte 2018, als deutlich wurde, dass die umfangreiche Kreditaufnahme der Regierung Macri vor allem der Finanzierung der Kapitalflucht aus Argentinien gedient hatte. Um die drohende Rückkehr der zum Interventionismus neigenden Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner an die Macht zu verhindern, schnürte der IWF im Juli 2018 wiederum das bislang größte Kreditpaket seiner Geschichte im Umfang von 57 Milliarden US-Dollar. Bis Anfang 2020 sind rund 44 Milliarden davon ausgezahlt. Der Zusammenbruch des Peso-Kurses nach den Vorwahlen im Sommer 2019 zeigt, dass der IWF und die Regierung Macri sich mit dem Kredit allenfalls Zeit gekauft haben. Diese lief mit den Wahlen im November und der Machtübernahme der peronistischen Regierung Fernández im Dezember 2019 ab.

Die neue Regierung steht somit vor der Herausforderung, die faktische Staatspleite, die die Wiederholung der Geschichte aus den neunziger Jahren in den vier Jahren der neoliberalen Präsidentschaft Macris herbeigeführt hat, schneller, besser und nachhaltiger zu bewältigen, als dies nach der Katastrophe von 2001 gelungen war.

---

<sup>19</sup> Zu Hintergründen und Umsetzung der HIPC/MDRI-Initiative siehe: Kaiser, J. (2019): „20 Jahre nach der Schuldenerlass-Initiative des Kölner G8-Gipfels“, FES-Studie.

<sup>20</sup> Siehe Blustein, P. (2005): „And the money kept rolling in (and out)“, PublicAffairs.

Dass Argentinien die Schulden in dem Umfang und mit dem aktuellen Zahlungsplan nicht bedienen kann, ist inzwischen unumstritten. Die Strategie der Regierung baut daher auf eine grundsätzliche Kooperationsbereitschaft der Gläubiger (sie hätten bei einer Pleite viel zu verlieren), und versucht ihnen mit „gutem Willen“ entgegenzukommen. Die Zahlungseinstellung wurde nicht förmlich erklärt und Zinsen werden mit den letzten Reserven bezahlt. Währenddessen versucht die Regierung mit allen Gläubigergruppen auf bilateraler Basis zu verhandeln. Das Ziel ist, zunächst mit dem IWF und später mit den privaten Gläubigern eine Vereinbarung zu treffen, die hauptsächlich längere Zahlungsfristen und niedrige Zinsraten ermöglicht. Über einen Teilerlass der Schulden wurde seitens der argentinischen Regierung bisher nicht öffentlich gesprochen.

Immer wieder wird betont, dass die Verschuldung dauerhaft durch Wachstum und Exporte gemeistert werden soll. Dafür wäre eine expansive Politik, anstatt der traditionellen Sparprogramme des IWF, nötig. Doch für eine solche Politik ist es notwendig, im Voraus die Last des Schuldendienstes für den Haushalt berechnen zu können. Die argentinische Regierung geht mit Vorstellungen, aber ohne ein konkretes und detailliertes Programm in die Verhandlungen.

Ob diese Vorstellungen vom IWF und von den privaten Gläubigern befürwortet werden, ist bisher offen. Die Tatsache, dass die Schulden ohne eine drastische Umstrukturierung nicht bedient werden können, impliziert nicht, dass die Gläubiger die argentinischen Vorstellungen ohne weiteres annehmen. Spätestens bis Ende März wird sich zeigen, in wie weit sie die Erwartungen der argentinischen Seite erfüllen werden.

Dass Argentinien dabei nicht nur möglicherweise unkooperativen Gläubigern gegenübersteht, sondern es im Zweifelsfall auch mit multilateralen Strukturen zu tun hat, die nicht einmal an fairen multilateralen Lösungen, geschweige denn einem wirtschaftlichen Neuanfang Argentiniens interessiert sind, macht die Suche nach Innovation im Umgang mit Staatsschuldenkrisen umso dringender. Einen Versuch, diesbezüglich aus der Geschichte zu lernen, enthält das abschließende Kapitel.

## **5. Aus der Geschichte lernen: Indonesiens Entschuldung 1969 ...**

1969 war Indonesien nach Ansicht aller Beobachter\*innen über seine Leistungsfähigkeit hinaus im Ausland verschuldet. Zwar betrug die Schulden nach heutigen Begriffen bescheidene 2,1 Milliarden US-Dollar, aber Indonesien war damals ein Niedrigeinkommensland mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter 100 US-Dollar im Jahr. Zudem eines, das gerade einen höchst blutigen und die ganze Gesellschaft traumatisierenden Regimewechsel hinter sich hatte: 1965 hatte das indonesische Militär unter General Suharto die Regierung des Staatsgründers Sukarno aus dem Amt geputscht. Die im Volk beliebte Regierung Sukarno konnte allerdings nur beseitigt werden, indem die damals sehr starke Kommunistische Partei Indonesiens ausgeschaltet wurde. Diese war eine wichtige Stütze der Blockfreiheits-Politik Sukarnos gewesen und hatte dabei eine immer stärkere Annäherung Indonesiens an den Ostblock betrieben.

Das Militär ermordete geschätzt eine halbe Million Menschen, die es zu Recht oder zu Unrecht für Kommunisten hielt und sicherte sich damit seine Führungsrolle in der fürderhin als „gelenkte Demokratie“ bezeichneten Republik Indonesien.

Vor dem Putsch 1965 hatte die Sowjetunion die Regierung Sukarno großzügig mit Krediten versorgt, was zur Folge hatte, dass sie noch vor den USA und der alten Kolonialmacht Niederlande der größte Gläubiger Indonesiens war. Eine Regelung der Schulden Indonesiens unter Einbeziehung aller Gläubiger war damit extrem schwierig: Mitten im Kalten Krieg war weder die östliche noch die westliche Seite bereit, Zugeständnisse zu machen, weil beide befürchteten, dass von einer verbesserten Zahlungsfähigkeit des Landes dann die jeweils andere Seite profitieren würde. Allerdings erhielt auch keine der beiden Seiten nennenswerte Zahlungen auf ihre Altforderungen, obwohl 1966-68 verschiedene Vereinbarungen sowohl mit der Sowjetunion als auch mit dem Pariser Club getroffen

worden waren. Sie wurden von Indonesien schlicht nicht erfüllt, weil es dazu nicht in der Lage war. Als Folge davon wiederum hatte Indonesien kaum Zugang zum Kapitalmarkt und zu internationaler Entwicklungshilfe. Eine klassische *Loose-loose*-Situation.

Im Pariser Club, der selbst nur die eine der beiden Gläubigerseiten repräsentierte, entstand daraufhin die Idee, einen unabhängigen Vermittler einzuschalten, der den Auftrag erhielt, die Schuldentragfähigkeit Indonesiens zu bewerten und einen allseits akzeptablen Vorschlag für eine Schuldenregelung vorzulegen. Nacheinander wurden IWF und Weltbank als Institutionen und der Weltbank-Präsident Robert McNamara *ad personam* für diese vermittelnde Rolle vorgeschlagen. Beide Vorschläge waren für die östliche Seite nicht akzeptabel. Als dritten Vorschlag brachte der Pariser Club den Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank Herman Joseph Abs ins Gespräch – allerdings nicht in seiner Funktion als Privatbanker, sondern als Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) – eine von zahlreichen weiteren Funktionen, die Abs zu jener Zeit auch noch ausfüllte. Dieser Vorschlag wurde schließlich von allen akzeptiert – sicher nicht, weil Abs politisch irgendwo zwischen den westlichen und östlichen Lagern gestanden hätte, sondern weil er eine exzellente Qualifikation als Fachmann für öffentliche Finanzen unter Beweis gestellt hatte und alle Seiten ihn für so hinreichend honorig und unabhängig hielten, dass er sich nicht für Partikularinteressen einspannen lassen würde.

Abs stellte ein kleines von der Weltbank und der KfW gemeinsam bezahltes Team aus Fachleuten der KfW und der Deutschen Bank zusammen und verschaffte sich ein Bild von Indonesiens Schuldentragfähigkeit. Nach einer Serie von bilateralen Gesprächen mit allen Seiten (aber niemals mit allen zusammen), legte Abs am 30. Juli 1969 einen Plan vor, der auf den folgenden Eckpunkten beruhte:

- **Gleichbehandlung aller Forderungen und aller Gläubiger.** Abs lehnte jede Diskriminierung nach Kredittypen, Identität des Gläubigers oder auch dem Verwendungszweck eines Kredits ab. Dass damit fragwürdige Finanzierungen ebenso behandelt werden würden wie sinnvolle Investitionen in die soziale Entwicklung des Landes, war nach Abs' Verständnis hinzunehmen. Das Ziel, eine für alle akzeptable Lösung und gesicherte Schuldentragfähigkeit des Landes herzustellen, überwog nach Abs' Verständnis gegenüber allen anderen Erwägungen. Und dafür war prinzipielle Gleichbehandlung unerlässlich.
- **Volle Rückzahlung des Kapitals.** Abs wollte einen Nominalwertverlust für alle Seiten ausschließen, weil es unter anderem auch buchhalterische Komplikationen in einigen Gläubigerländern bedeutet hätte.
- Dagegen postulierte er allerdings im indonesischen Interesse die **vollständige Streichung aller Zinsen, Verzugszinsen und Zinseszinsen.**
- Schließlich sollte die danach noch ausstehenden Schulden **langfristig, das heißt über dreißig Jahre** gestreckt werden.<sup>21</sup>

In Barwerten lief der Vorschlag von Abs auf eine Reduzierung der gesamten indonesischen Zahlungsverpflichtungen um rund 57 Prozent hinaus.

Während die indonesische und die sowjetische Seite relativ schnell ihre Zustimmung zu Abs' Vorschlag signalisierten, war die Aufnahme des Vorschlags unter den Mitgliedern des Pariser Clubs gemischt. Großbritannien, Italien und Frankreich standen dem Vorschlag ganz, die Bundesrepublik teilweise ablehnend gegenüber, während die USA und die Niederlande auf seine Annahme drängten. Japan und das Beobachterland Australien bewegten sich nach und nach in das Lager der Unterstützer des Vorschlags. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden, der einen moderaten Zinssatz von etwa 1 Prozent vorsah – allerdings erst in der zweiten Hälfte der vorgesehenen Rückzahlungsperiode. Verzugs- und Zinseszinsen blieben ausgeschlossen. Die Barwertreduzierung ging damit von 57 auf 53 Prozent zurück.

Im April 1970 wurden die entsprechenden Vereinbarungen mit allen Seiten unterzeichnet.

---

<sup>21</sup> Siehe Abs, H. J. (1969): „Das Problem der Indonesischen Auslandsverschuldung und Überlegungen zu seiner Lösung“, Arbeitspapier für die deutsche Bundesbank.

Abs konnte sich nicht damit durchsetzen, dass jegliche Revision des Abkommens ausgeschlossen sein sollte. Die *Agreed Minutes* des Pariser Clubs sahen diese Möglichkeit für die Zeit ab 1980 ausdrücklich vor. Allerdings wurde auch Indonesien ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, einseitig Zahlungen in einem begrenzten Umfang auszusetzen, wenn die wirtschaftliche Situation dies erforderte, ohne dass dies eine Neu-Aushandlung erfordern würde.<sup>22</sup>

Zur Wirkungsgeschichte des Abkommens gehört, dass Indonesien bis 1998<sup>23</sup>, also dem Beginn der Asienkrise, kein Schuldenproblem hatte, sondern vielmehr ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum erzielte, welches es aus dem Status eines Landes mit niedrigem Einkommen herausführte.

Der Pariser Club fürchtete sich vor einer Präcedenzwirkung dieser Regelung, die weit über alles hinausging was er anderen Schuldnerländer zu einer Zeit anzubieten bereit war, in der überhaupt nur über die Verlängerung von Zahlungsverpflichtungen in die Zukunft, nicht aber über echte Forderungsverzichte verhandelt wurde. Vermutlich fürchtete vor allem die gegenüber dem Abs-Plan besonders widerständige französische Regierung überdies, dass auch das außergewöhnliche und, wie sich zeigen sollte, außergewöhnlich erfolgreiche Verhandlungsformat das Potenzial haben könnte, die Stellung des Pariser Clubs als einziges Verhandlungsforum zu untergraben.<sup>24</sup>

Damit sein Plan von der westlichen Seite angenommen werden konnte, musste Abs deshalb in einer gesonderten Stellungnahme begründen, warum sein Vorschlag in dieser – und nur in dieser – Ausnahmesituation seine Berechtigung habe. Als Gründe nannte er dazu unter anderem:

- Ohne eine derart weit reichende Regelung würde Indonesien nicht in der Lage sein, jemals wieder am Kapitalmarkt Fuß zu fassen, auch um seinen laufenden Schuldendienst gegenüber den existierenden Gläubigern zu refinanzieren.
- Die in Rede stehenden Schulden waren nicht von der aktuellen Regierung Indonesiens aufgenommen worden, sondern von einer mittlerweile gestürzten Diktatur.<sup>25</sup>
- Die vorherige „Diktatur“ habe die aufgenommenen Kredite nicht produktiv investiert, so dass auch nicht erwartet werden könne, dass der laufende Schuldendienst aus den Erträgen dieser Investitionen bestritten werden könne; vielmehr müsse dieser aus den laufenden öffentlichen Einnahmen aufgebracht werden, was nicht akzeptabel sei.
- Würde Indonesien gezwungen, den ursprünglich vereinbarten Schuldendienst zu leisten, könnte das dramatische soziale und politische Destabilisierungen nach sich ziehen.

### **... und was sie für Argentinien im Jahr 2020 bedeuten könnte**

Zunächst bleibe es dem\*r Leser\*in überlassen, zu entscheiden, ob die von Abs genannten Gründe nicht auch eine ausnahmsweise Behandlung Argentinien (und möglicherweise weiterer kritisch verschuldeter Länder) begründen können.

Die wichtigste Parallele zwischen Indonesiens Situation Ende der sechziger Jahre und dem Argentinien des Jahres 2020 scheint indes in der kaum überbrückbaren Gläubigerkonkurrenz zu liegen: Was 1969 die Blockade

---

<sup>22</sup> Diese Option nahm eine wichtige Flexibilisierung des Londoner Schuldenabkommens von 1953 für die Bundesrepublik Deutschland auf, welches Abs für die deutsche Seite ausgehandelt hatte. Siehe Kaiser, J. (2013): „One made it out of the Debt Trap;“, FES Dialogue on Globalization.

<sup>23</sup> Ironischerweise das Jahr der vorletzten Zahlung auf das Abkommen von 1970.

<sup>24</sup> Diese Furcht geht so weit, dass er die Regelung vom April 1970 bis heute auf seiner Website als *Classic Terms* führt, obwohl sie alles andere als „klassisch“ war.

<sup>25</sup> So die auf bemerkenswerter Umdrehung der tatsächlichen Verhältnisse beruhende westliche Lesart des Übergangs von Sukarno zu Suharto.

durch den Kalten Krieg war, ist heute der Gegensatz zwischen dem öffentlichen Gläubiger China auf der einen Seite und dem Pariser Club auf der anderen.<sup>26</sup> Erschwerend gegenüber der damaligen Situation kommt in Argentinien heute hinzu, dass die größte Gläubigergruppe Privatgläubiger sind, von denen einige vor zehn Jahren bereits einmal erheblich reduzierte Forderungen halten und deren Bereitschaft zu Konzessionen weder durch das *Holdout*-Verhalten des Pariser Clubs im Abkommen von 2014 noch durch den Umstand gefördert werden dürfte, dass konkurrierende Anleihegläubiger mit ihrer Geier-Strategie durchgekommen sind. Bereitschaft zu Kompromissen und Schuldenreduzierungen, die Argentinien nicht unmittelbar auf das Gleis der nächsten Schuldenkrise setzen, ist bei dieser Konstellation noch weniger zu erwarten als in Indonesien vor fünfzig Jahren.

Anders als das Indonesien des Jahres 1970 hat das Argentinien von heute aber auch eine systemische Bedeutung. Institutionen wie der IWF, aber auch Staatenzusammenschlüsse, die anders als der Pariser Club nicht nur kollektiv eigene Interesse verfolgen (sollten), wie die G20, zu denen Argentinien gehört, sollten deshalb auch im Hinblick auf die Folgen eines anhaltenden argentinischen Zahlungsausfalls für das globale – zumindest aber lateinamerikanische – Finanzsystem, Interesse an einer umfassenden und allseits als fair empfundenen Lösung haben. Die Einbeziehung eines unabhängigen Experten kann heute wie damals dafür ein katalytisches Element sein. Diese muss nicht unbedingt die Form von Abs' *Shuttle Diplomacy* annehmen. Auch Formate wie ein Runder Tisch mit allen Gläubigern, eine Schuldenkonferenz oder gar ein verbindliches Schiedsverfahren wären denkbar.<sup>27</sup>

Schließlich hat sich als entscheidend für die Umsetzung des Abs-Plans erwiesen, dass es auf der Gläubigerseite wenige aber entschlossene „Champions“ gab, die eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensfähigkeit des Schuldnerlandes wichtiger fanden als das Eintreiben eigener Forderungen, namentlich die USA und die Niederlande. Taktisch wäre Argentinien heute gut beraten, sich nach solchen Unterstützern umzusehen und mit ihnen eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Es ist ermutigend zu sehen, dass die neue argentinische Regierung sich ohne vor dem drohenden Staatsbankrott im März viel Zeit zu verlieren, um internationale Unterstützung für eine ambitionierte Entschuldungsstrategie bemüht.<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Wie China als Kreditgeber sowohl Chance als auch Risiko für ärmere Staaten sein kann, beschreibt Kaiser, J. und M. Stutz (2019): „China als Gläubiger von Staaten im Globalen Süden“ erlassjahr.de-Fachinformation 62.

<sup>27</sup> Einen Überblick über mögliche Optionen gibt Kaiser, J. (2013): „Resolving Sovereign Debt Crises“, FES Dialogue on Globalization, 2. überarbeitete Auflage.

<sup>28</sup> Clarín (2020): „Preparan ‚cumbre‘ en el Vaticano entre el ministro Guzman y la jefa del FMI“, 15.01.2020.